

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Oktoberheft

Ihr Heft 10, wie überhaupt der seit einiger Zeit wesentlich gesteigerte Gehalt der GM, veranlaßt mich, Ihnen zu sagen, daß viele Persönlichkeiten, die den Gewerkschaften nahe stehen oder angehören, meinen Eindruck bestätigen haben: Nämlich, daß es Ihnen mit Ihrer Zeitschrift gelungen ist, die Diskussion der gewerkschaftlichen Probleme aus einer erschreckenden Sterilität wieder herauszuführen. Daß dabei vielleicht mancher aus einem unzeitgemäßen Spiel mit überholten Denkschablonen aufgeschreckt wird, ist wohl nicht zu vermeiden. Dadurch hervorgerufene Unmutäußerungen sollten Sie jedenfalls nicht veranlassen, an der aufgeschlossenen, fortschrittlichen und politisch richtigen Linie nicht festzuhalten.

Ein besonderes Lob für die Aufsätze von Wickel und Theimer. Ein Lob auch der toleranten Redaktion, die für diejenigen, die aus dem fruchtlosen Rasonieren — unter dem Motto: Der Wähler ist schuld — nicht herauskommen, eine große Trostpille bereit hält.

Dr. Ulrich Teichmann, Bonn

Zu dem Aufsatz „Die Aufgabe der SPD in unserer Zeit (Nr. 10, Oktober) von Heinz-Dietrich Ortlieb, der nach meiner Ansicht die Situation der deutschen Sozialdemokratie klar erkennt, möchte ich noch einen Gedanken, der mir neben den „12, Lehren“ recht wesentlich erscheint, hinzufügen: Ich meine die notwendige Umwandlung im inneren Aufbau der SPD. Die Partei ist ja bestrebt, außer der Arbeiterschaft auch andere Wählerkreise für sich zu gewinnen. Solange aber der Typ des „Funktionärs“ großen Einfluß hat und der ganze Parteiapparat so unelastisch bleibt, wird es für die deutsche Sozialdemokratie schwierig sein, sich eine neue Basis zu schaffen.

Ich glaube, daß es nur ein „Mittel“ gibt, diesen „Prozeß“ zu beschleunigen. Das Wahlergebnis vom 6. September hat uns gezeigt, daß die Bundesrepublik für das Zwei-Parteien-System durchaus geeignet ist. Die SPD hat die Möglichkeit, neben der CDU die zweite große Volkspartei zu werden; diese Chance muß sie erkennen. — Wenn in unser parlamentarisches Regierungssystem Stabilität und Kontinuität eintreten sollen, sollen wir uns endlich entschließen, das Mehrheitswahlrecht, das das Zwei-Parteien-System begünstigt und der Zersplitterung entgegenwirkt, einzuführen. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag lassen die Hoffnung zu, daß der Persönlichkeitswahl nichts mehr im Wege steht. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Führung der Sozialdemokratie diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt.

Jens Hacker, Kiel

Die Wahl dürfte auch denen, die nicht in einem Großbetrieb arbeiten, gezeigt haben, daß nicht nur der Mittelstand, wie Theimer so wunderbar darlegt, marxistisches Gedankengut ablehnt, sondern auch große Teile der Arbeiterschaft. Alle Forderungen auf Sozialisierung ganzer Industrien werden als Restbestände marxistischer Theorien gewertet, und die intensive Propaganda der Gewerkschaftsgegner sorgt zur Genüge dafür, daß die Gedankenverbindung Sozialisierung = Kollektivismus = restlose staatliche Planung = Bolschewismus nicht abreißt. Die Abneigungen gegen diese Dinge auch nur um ein Geringes zu unterschätzen, kann aber mit der Zeit auch für unsere Gewerkschaft lebensgefährlich werden.

Natürlich weiß ich, daß diese Grundsätze von Experten ausgearbeitet wurden, welche sich die Forderungen sehr wohl überlegt haben. Ich weiß aber auch, daß grundlegende Umwälzungen, und um solche handelt es sich bei Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum, nur durchgeführt werden können, wenn breiteste Schichten sie bejahen.

Täuscht man sich beim DGB etwa über die Breite dieser Schichten? In unserem Fall kann diese Schicht nur die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes sein. Wie denkt aber die Arbeiterschaft als Ganzes gesehen über die Sozialisierung der Grundstoffindustrie? Denkt sie überhaupt ernsthaft über diese Frage nach, so daß von einem Willen der Arbeiterschaft gesprochen werden kann, oder läßt sie sich weitgehend vom Gefühl leiten, und wohin? Sind die Wahlen ein Barometer für das Gefühl? Max Wöner bejaht das. Ist dem aber so, dann gilt es, Gefühl und Verstand in der gegenwärtigen Fortschrittspause zu überzeugen, oder, wenn das nicht gelingt, unsere Grundsätze, soweit sie Sozialisierung vorsehen, zu revidieren.

Denn heute noch kann man wohl sagen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft an einer Eigentumswandlung nicht interessiert ist. Und es wird auch schwerfallen, Begeisterung dafür zu wecken. Spricht man im Betrieb einmal über diese Dinge, dann zeigt sich immer wieder, daß der allgemeinen Vorstellung nach eine Änderung der Besitzverhältnisse kaum für den Arbeiter interessante Änderungen mit sich bringen würde.

Sollte man nicht doch mehr als bisher die Abneigung der Arbeiter gegen Sozialisierungsexperimente in Rechnung stellen und die Konsequenzen daraus ziehen?

Dem Arbeiter von heute fällt es gar nicht ein, für Ideen Opfer zu bringen, und seien sie noch so verheißungsvoll, es geht ihm darum, die Verhältnisse im Betrieb zu bessern und für niedrige Preise zu sorgen. Alle Maßnahmen, welche darauf abzielen und Aussicht auf Erfolg haben, werden unterstützt.

Heinz Wilhelmy, Bochum-Weitmar

Noch einmal: Bednarik

Jetzt gilt meine Antwort Ihnen, Kollege Dr. Hasselmann und Kollege Postelt. IS darf wohl auf meinen Leserbrief (Heft 10) hinweisen, um zu zeigen, daß wir in der Ablehnung der Thesen Bednariks einig sind. Diese Ablehnung scheint Ihren Briefen nach aber auch das einzige Gemeinsame zu sein.

Sie hätten durchaus merken müssen, daß es B. nicht darum geht, den Konsum oder sonst etwas verächtlich zu machen, sondern daß er ein ernstes Anliegen hat,^ welches ihn bedrängt und daß er aufrütteln will. Es ist Raum genug, mit aller Schärfe und Sachlichkeit zu antworten. Wie man mit „Niveau“ antwortet, lehrt uns Clara Schweer deutlich. Wenn Bednariks Halbwahrheiten auch Trugschlüsse ergeben haben, so irren Sie durchaus, wenn Sie behaupten, er habe „nichts Wesentliches zu dem Problem beigetragen“. Allein diese Diskussion ist ein Beitrag.

Ich bin der Ansicht, daß gar nicht zu viele Gegner in unseren Organen zu Wort kommen können. Darin weiß ich ebenfalls „Tausende der gleichen Meinung“.

Bedauerlich ist es nur, wie sehr wir es verlernt haben, ein offenes Gespräch zu führen.

Laßt uns diskutieren, wenn es sein muß so hart, daß die Fetzen fliegen, bis auch der letzte wieder weiß, daß es ein Gespräch gibt und keine „08/15“-Einheitsmeinung.

Heinz Wilhelmy
Bochum-Weitmar

Ihre September- und Ihre Oktobernummer gehören zu den aufschlußreichsten Publikationen unserer Tage, wenn man der Ansicht ist, daß Zeitschriften mit Rede und Gegenrede — d. h. mit Aufsätzen und Leserbriefen — Spiegel der gesellschaftlichen Situation sein können.

Der Aufsatz Bednariks ist ein ausgezeichnetes „soziales Feuilleton“; er trifft oder streift zumindest eine ganze Reihe von Tatsachen. Daß er eine eigene, eine individuelle Meinung zu den Menschen und Vorgängen hat, rechne ich ihm ebenso hoch an wie allen anderen Autoren Ihrer Zeitschrift. Jedenfalls ziehe ich eine (wenn auch unbequeme). Eigenständigkeit des Denkens den schabionisierten Gedankengängen vor, von denen Ihre Zeitschrift keineswegs frei ist.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Stellungnahmen zu Bednariks Aufsatz ein solch einheitliches Empörungsgeknatter ergeben.

Der Aufruhr wegen des Wiener Konsumlandes ist ein Schuß ins Leere. Armer Leser-Verstand, der sich oder seinen Konsumverein angegriffen meint! Setzt man in B-s Aufsatz statt „Konsumverein“ „Fritz Müller, Kolonialwaren“, so ändert sich an den übrigen Fest-

stellungen des soziologisch außerordentlich begabten Autors gar nichts.

Ihr Bednarik-Artikel regte mich an, sein Buch „Der junge Arbeiter von heute — ein neuer Typ“ zu lesen. Nach dieser Lektüre habe ich Ihnen doppelt zu danken. Es ist auch den bewußten Gewerkschaftern zu empfehlen, so etwas zu lesen, damit die zum Teil weltfremden Vorstellungen über den Arbeiter von heute etwas zurechtgerückt werden. Jeder soll ehrlich gegen sich selbst und gegen die Umwelt sein. Dazu gehört zunächst, auf die verschimmelte Klassenunterscheidung zu verzichten. Und eine Einheitsgewerkschaft verpflichtet, wie WP richtig ausführt, nicht nur zur Toleranz (die selbstverständlich sein müßte), sondern zur Betonung der Gleichberechtigung.

Die GM haben mit ihrer Septemhernummer zahlreiche neue Freunde auch außerhalb des eigenen Lagers gewonnen. Als alter Leser habe auch ich mich über diese „Zivilcourage“ gefreut.

Dr. Helmuth Köhrer, Köln

Herr Bednarik glaubt offensichtlich, einen glücklichen Einfall gehabt zu haben, als er von den Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten her die kulturelle Schichtung der Bevölkerung ableiten wollte. Wir leugnen gar nicht, daß der Gedanke etwas für sich hat. Man könnte wirklich drei Gruppen von Konsumenten unterscheiden, kommt aber bei etwas gründlicherer Überlegung, als Herr Bednarik sie anstellt, zu ganz anderen Ergebnissen. Die erste Gruppe sind wohl die, die nur dem billigen Preis nachlaufen und weder auf Sauberkeit, nette äußere Aufmachung und freundliche Bedienung Gewicht legen. Die zweite Gruppe — Herr Bednarik stellt sie als dritte Gruppe an die Spitze seiner Wertung, was wir leider nicht tun können — sind jene, die beim Einkauf auf schmeichelhafte Behandlung, schöne äußere Aufmachung, saubere Verpackung und dergleichen größten Wert legen, aber dabei kritiklose Hörige der marktschreierischen Reklame unserer Zeit sind.

Die dritte Gruppe sind jene breiten Konsumentenkreise, vor allem aus dem Stand der von ihrer Lohnarbeit lebenden Menschen, die ein verhältnismäßig karges Einkommen haben und nun trachten, trotz dieses niedrigen Einkommens einen möglichst hohen materiellen und kulturellen Lebensstandard zu erreichen. Die Bewußteren, Urteilsfähigeren unter ihnen haben erkannt, wie wichtig es ist, auch als Konsument sich vor jeder Art von Übervorteilung zu schützen. Sie sind es vor allem, die sich in den Konsumgenossenschaften zur organisierten Selbsthilfe zusammengeschlossen haben und die genau überlegen, welchen Vorteil ihnen die eigene Genossenschaft durch die Güte und den Preis der Waren bietet. Haben sie es doch, da die Genossenschaft ihr eigenes Unternehmen

ist, selbst in der Hand, Änderungen oder Verbesserungen, die sie wünschen, herbeizuführen. Diese Konsumentenschicht, die in Österreich über 3 000 000, in der ganzen Welt aber über 60 Millionen Familien umfaßt — vor allem in den kulturell am meisten entwickelten Ländern —, einfach von oben herab als amorphe Konsumentenmasse, als geistig steril, als wahl- und kritiklos zu bezeichnen, ist ein mehr als starkes Stück. Wer einigermaßen am Leben der Genossenschaften teilgenommen hat, weiß, wie hier um jedes einzelne Problem gerungen wird, wie man bestrebt ist, die Einrichtungen und auch die Leistungen ständig zu verbessern und dem Fortschritt der Zeit nicht nachzuhinken, sondern ihm voranzugehen. Dabei bieten gerade die Genossenschaften durch ihren demokratischen Aufbau Tausenden von Mitgliedern, soweit sie verantwortliche Funktionen übernehmen, die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Die Konsumgenossenschaften betrachten sich als die Wegbereiter einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie tragen sehr wesentlich dazu bei, jene sozialen Grundlagen zu schaffen, auf denen sich eine echte Kultur entwickeln kann. Die Bereitschaft zu uneigennütigen Leistungen im Dienste für die Allgemeinheit, zur Übernahme echter Verantwortung, wozu die Menschen in den Genossenschaften erzogen werden, ist kulturell viel wertvoller und unterscheidet den einzelnen von der amorphen Masse viel grundlegender, als wenn er etwa einen Habicht dressiert oder Orchideen züchtet — Tätigkeiten, deren kulturellen Wert Herr Bednarik denn doch etwas überschätzt.

Dr. A. Vukovich
„Konsumverband“, Zentralverband der österreichischen Konsumgenossenschaften

Unter „Briefe an die Redaktion“ finden wir auf Seite 635 den Abdruck einer Zuschrift von Herrn Walther Postelt, Hamburg-Rahlstedt.

Die Konsumgenossenschaft „Produktion“ eGmbH wird — wie alle Genossenschaften — vertreten durch ihren Vorstand. Nur dieser kann rechtsverbindliche Erklärungen abgeben. Herr Walther Postelt gehört aber nicht unserem Vorstand an, er ist auch nicht bei uns angestellt. Auf Nachfrage erfahren wir von Herrn Postelt, daß er in seiner Eigenschaft als Privatperson Ihnen seine Meinung geschrieben hat, ohne auf die Konsumgenossenschaft „Produktion“ eGmbH Bezug zu nehmen. Wir bitten Sie, dieses in Ihrer nächsten Ausgabe richtigzustellen. Konsumgenossenschaft

„Produktion“ eGmbH

Was war geschehen? Ein Privatmensch irgendwo hatte es unternommen, seine Meinung zu einem sonst bloß Langeweile erzeu-

genden Problem zu äußern, und wie mit einem Schlag war eine Phalanx von elefantenhaften Apparaten trompetend auf ihn losgefahren. — War das Problem plötzlich so brennend geworden?

Aber die Aufregung hat einen anderen Grund. Es ist gar nicht die zur Debatte gestellte Kulturentwicklung, die die Gemüter erhitzt, sondern es ist ein in diesem Zusammenhang erwähntes Nebenthema. Schade — das ist ungefähr so, als würde einer, der über Form und Inhalt eines Theaterstückes redet, von anderen genötigt, über irgendeine darin vorkommende Nebenrolle zu streiten.

Nun ja, ich habe provoziert. Aber ich wollte das kulturelle Gewissen provozieren, nicht die Mächtigen unserer Konsumwelt. Doch die Wirkung ist frappant, und ich muß sagen, sie lenkt mich fast von meinem Kummer über das Mißverständnis ab. Einfach unglaublich: Denn ich habe die Mitglieder von Konsumvereinen nur als Beispiel angeführt. Prinzipiell hätte ich ebensogut die Warenhauskäufer dazu verwenden können. Aber in dem konkreten Fall, von dem ich ausging, nämlich in dem der zitierten Siedlung, gibt es eben nur einen „Konsum“. Ich versichere aber hier: Prinzipiell hätte sich an der Darlegung der allgemeinen kulturellen Situation überhaupt nichts geändert, wenn ich statt „Konsum“ „Warenhaus“ eingesetzt hätte. (Ich sage das auf die Gefahr hin, daß die Warenhausbesitzer aufschreien, denn ich bin nun gewitzigt.)

Versichern möchte ich hier nur das eine, daß es mir nicht um eine Diffamierung der Konsumgenossenschaft gegangen ist. Ich hatte ein umfassenderes Problem im Sinn und meinte bei meinen Ausführungen und Vergleichen nie die idealistischen Begründer der Konsumgenossenschaften und deren echte Nachfahren, sondern die moderne Konsumgesellschaft als Ganzes, die nur auf Konsum hin lebende Gesellschaft überhaupt.

Jenen aber, die gewillt sind, den aktuellen Notstand unserer gesamten Gesellschaft ins Auge zu fassen, werde ich vermutlich nicht z« sagen brauchen, daß ich die Kraft der Einzelnen anzurufen versuchte, damit sie endlich anfangen, von sich zu fordern, was bisher vergeblich von allen anderen, vom Staat, von der Gesellschaft, vom Künstler und wem sonst noch allen gefordert wurde. Wenn es (vom Flüchtlingsproblem abgesehen!) heute noch ein wirklich brennendes soziales Problem gibt, dann ist es das der so gern geleugneten und oft verleumdeten „kulturellen Eliten“, der „Kulturträger“ wie der „Kunstträger“, die heute von den mächtigen Großorganisationen ziemlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Zum Schluß darf ich wohl sagen, daß ich mich keineswegs als „verkannt“ und außerhalb der Gesellschaft stehend fühle, wie meine Kritiker behaupteten

Karl Bednarik, Wien

Mit dieser Zuschrift des Autors beenden wir die Diskussion über seinen Aufsatz. Es war uns unmöglich, alle Zuschriften zu veröffentlichen. Wir waren bemüht, Wiederholungen zu vermeiden, aber allen Gesichtspunkten Gehör zu verschaffen. Schließlich scheint es notwendig, noch einmal die Selbstverständlichkeit zu betonen, daß der Herausgeber der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, der Bundesvorstand des DGB, sich mit dem Inhalt des Aufsatzes von Karl Bednarik keineswegs identifiziert. Das gilt in gleicher Weise für die Redaktion, die herzlich darum bittet, ihre Bemühungen um eine freie Meinungsäußerung dadurch zu unterstützen, daß man dem Andersdenkenden wirklich zuhört.
Die Redaktion

Kurs der englischen Gewerkschaften

Ich muß darauf hinweisen, daß die in meinem Bericht über den Kurs der englischen Gewerkschaften (Heft 10) eingeschaltete Wendung von der „beinahe sozialisierungsfeindlichen Mehrheit“ des TUC nicht von mir stammt und von mir bestritten werden würde, wo immer sie mir begegnet.

Der von der großen Mehrheit angenommene Bericht, und auch Geddes Rede lassen keinen Zweifel, daß der TUC für die gewiß allmählich durchzuführende Erweiterung des Übergangs von Industrien in das Gemeineigentum (Public Ownership — manchmal auch Social Ownership genannt) eintritt — also für die Sozialisierung ist. Aber es werden Zweifel erhoben, ob die bisherige Form der Nationalisierung, also die Errichtung großer Mammutorganisationen, die sogenannten „Corporations“, für alle Industriezweige das richtige wäre. Man kann also vielleicht von beinahe Nationalisierungsfeindlichkeit in manchen Kreisen der Arbeiterschaft und des TUC sprechen — das ist aber nicht identisch mit Sozialisierungsfeindlichkeit. Gerade unter den Kritikern der Korporationen spricht man ja auch von der Weiterentwicklung von der Nationalisierung zur Sozialisierung.

Das deutliche Bekenntnis zur Sozialisierung wird auch am Schluß jenes Berichtes ausgesprochen: „Im Licht der Erfahrungen, die wir mit den nationalisierten Industrien schon gemacht haben, liegt kein Grund vor, die Einstellung der Gewerkschaftsbewegung zu den Grundsätzen des Gemeineigentums zu ändern. Gleichzeitig hat sich ergeben, daß die Struktur der bestehenden Nationalisierung nach weiteren Untersuchungen von gewissen Änderungen Nutzen ziehen könnte. Von Zeit zu Zeit derartige Änderungen vorzunehmen, entspricht durchaus der empirischen Einstellung der Bewegung.“ Bernhard Reichenbach, London

Es handelt sich um einen Druckfehler, den wir zu entschuldigen bitten. Es sollte „nationalisierungsfeindlich“ heißen. Der klärende Hinweis Reichenbachs ist aber trotzdem wichtig.

Die Redaktion

Eine einigermaßen unpräzise Formulierung in dem ansonsten dem Thema durchaus gerecht werdenden Bericht von Bernhard Reichenbach über den britischen Gewerkschaftskongreß (Heft 10) könnte neue Mißverständnisse in bezug auf eine reichlich verwickelte Materie hervorrufen, weshalb eine kurze ergänzende Darstellung versucht sei. Reichenbach spricht davon, daß in verschiedenen von der konservativen Regierung zur Lenkung reprivatisierter Industrien eingesetzten Körperschaften — in Wirklichkeit handelt es sich nur um eine einzige — „die Gewerkschaften vertreten“ seien. Die Gewerkschaften als solche sind nirgends vertreten. Es gibt aber teils ehemalige, teils gegenwärtige Gewerkschaftsfunktionäre, die in dem Ausschuß, um den es geht, einen Sitz angenommen haben. Sie taten es mit ausdrücklicher Billigung durch ihre Verbände, die der Auffassung sind, daß Arbeiterinteressen überall und unter allen Umständen gewahrt werden müssen. Sie taten es auch mit nachträglicher Billigung des Gewerkschaftskongresses, der einen die Annahme dieser Ernennung kritisierenden Antrag abgelehnt hat. Aber auch die Gewerkschaftsfunktionäre, die nach erfolgter Ernennung nicht gezwungen sind, aus der Gewerkschaftsbewegung auszuschneiden (weil sie der neuen Funktion nur einen Teil ihrer Arbeitskraft widmen), vertreten in der betreffenden Körperschaft weder ihre Verbände noch den Gewerkschaftsbund. Auch nach dem Kongreß von Douglas bleibt voll in Kraft, was ich zu diesem Problem in Heft 6/1953 („Zur Frage der Betriebsdemokratie in England“) auszuführen Gelegenheit hatte.

Dr. J. W. Brügel, London

Sozialwissenschaft

Der Aufsatz von Meunier „Betreibt man in Deutschland genug Sozialwissenschaft?“ im Septemberheft leidet an einem bedauerlichen Mangel. Er übersieht nämlich, daß seit 1921 es gerade die Akademie der Arbeit war, welche für eine Ausbreitung des Studiums der Sozialwissenschaften beispielhaft gesorgt hat. Dieselbe Akademie findet aber in dem ganzen Artikel überhaupt keine Erwähnung, obwohl ihr geschichtlicher Verdienst wie aber auch ihre derzeitige Leistung außer jeder Diskussion stehen. Der Artikel kann deshalb leider gar keinen Anspruch darauf erheben, der Sachlage auch nur leidlich gerecht zu werden.

Dr. Zinkeisen

Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M.